

«Sind 16-Jährige reif genug?»

Im Rahmen von Discuss it hat die Stiftsschule Engelberg über das Stimmrechtsalter 16 diskutiert.

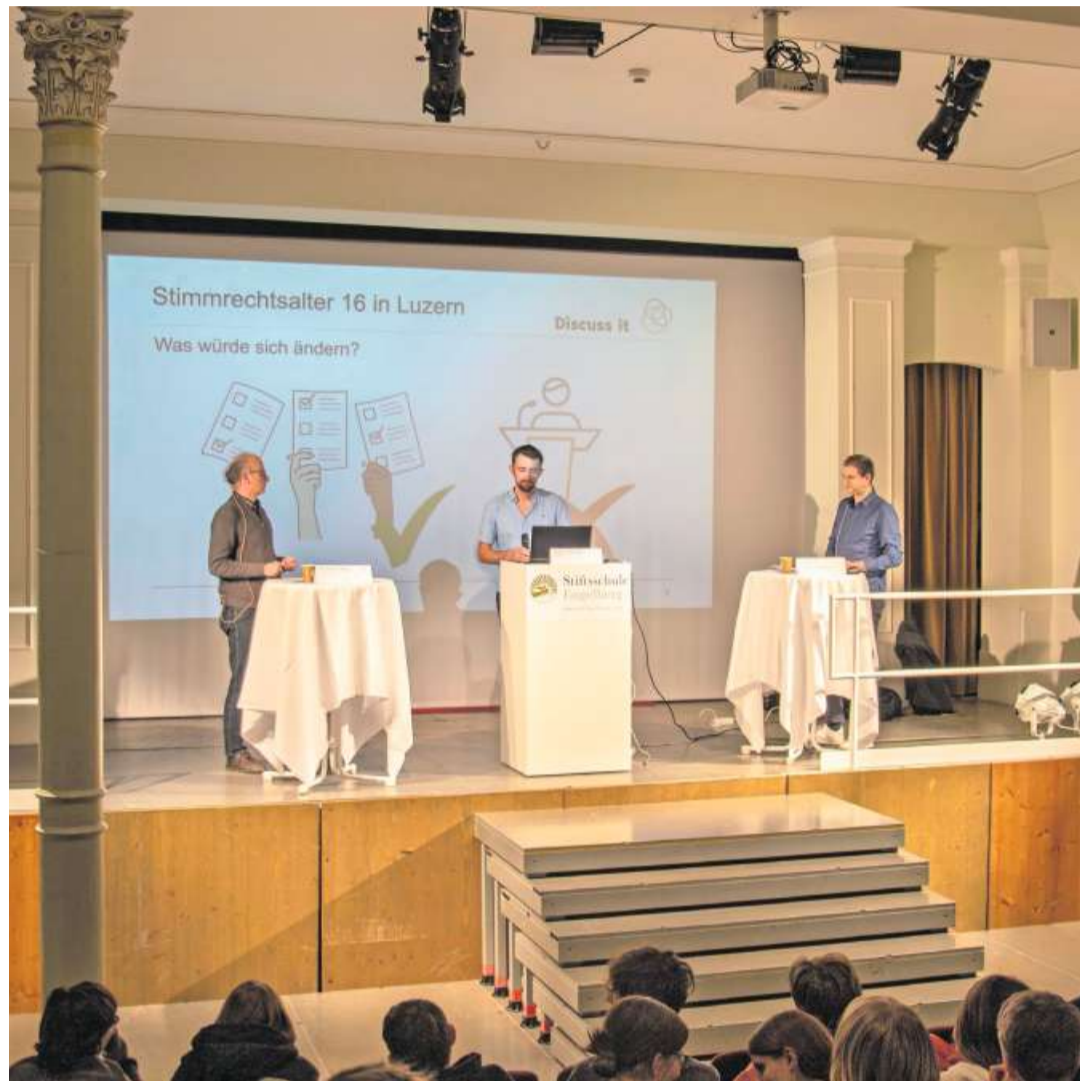
Janik Desax

«Bis zum 16. Lebensjahr haben wir noch wenig zur Gesellschaft beigetragen», sagt eine Schülerin der Stiftsschule Engelberg. Damit spricht sie ein viel diskutiertes Thema an. Die Kantone behandeln das Stimmrechtsalter 16 oft, beinahe in jedem Kanton gab es bereits Diskussionen, Vorstösse oder Initiativen. Obwohl die Abstimmung zum Stimmrechtsalter momentan den Kanton Luzern betrifft, hat die Stiftsschule Engelberg am vergangenen Donnerstag eine Debatte über das Thema geführt. Mit von der Partie waren ebenfalls die beiden Politiker Michael Töngi (Nationalrat Grüne, LU) und Thomas von Allmen (Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Schweiz, LU).

Gerade einmal 29 Prozent der 18- bis 24-Jährigen gehen regelmässig an die Urne. Mit dieser Statistik eröffnet Moderator Vincent Pickert von Discuss it die Diskussion. Dabei gehe Politik alle etwas an, sagt der Moderator weiter. Der Verein Discuss it organisiert in der gesamten Schweiz Anlässe mit dem Ziel, politische Partizipation von Jugendlichen zu fördern.

Schüler zeigen sich debattierfreudig

«Junge Menschen müssen die Folgen politischer Entscheidungen über viele Jahrzehnte hinweg tragen. Deshalb ist es nur gerecht, dass sie frühzeitig mitentscheiden dürfen.» Mit diesem Statement geht die Debatte nach einer kurzen Einführung in das Thema gleich los. Abwechselnd kommentieren Thomas



Schülerinnen und Schüler verfolgen die Debatte im Theatersaal (von links) mit Michael Töngi (Nationalrat Grüne, LU), Vincent Pickert (Moderator), Thomas von Allmen (Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Schweiz).

Bild: Janik Desax (Engelberg, 6. 2. 2025)

von Allmen und Michael Töngi die eingeblendeten Statements und argumentieren. Michael Töngi stimmt der ersten Aussage zu und sagt: «Mit 16 hatten wir ein grosses politisches Interesse. Es ist gut, wenn jene abstimmen können, die wollen.»

Thomas von Allmen sieht das anders: «Mit dieser Argumentation müsste man das Stimmrechtsalter eigentlich auf null setzen.» Für ihn ist wichtig, dass Rechte und Pflichten gleichzeitig vergeben werden, also mit der Volljährigkeit.

An der Veranstaltung interessierte aber vor allem auch die Meinung der Jugendlichen. Und diese diskutierten engagiert mit. Der erste Schüler fragt: «Denken sie, dass der durchschnittliche 16-Jährige reif genug ist?» Ein weiterer meint: «Ich glaube

nicht, dass ein 16-Jähriger die politischen Prozesse genug versteht.» Es entsteht schnell der Eindruck, dass im Publikum die Kontra-Seite überwiegt. Eine aktive Debatte zwischen den Politikern und den Schülerinnen und Schülern beginnt. Weitere Stimmen im Publikum erwähnen auch die Gefahr von Beeinflussung, die im jüngeren Alter höher sei. «Ich habe das Gefühl, 16-Jährige übernehmen oft die Meinung der Eltern», lautet eine Stimme aus dem Publikum. Weitere Schüler erwähnen, dass der Einfluss von Lehrern und Medien ebenfalls höher sei bei Jugendlichen.

Resultat des Publikums fällt deutlich aus

Zum Schluss der Diskussion dürfen die Schülerinnen und Schüler auch noch selbst abstimmen, ob sie die Vorlage akzeptieren oder ablehnen würden. Das Resultat fiel sehr deutlich aus: 7 würden Ja stimmen, 53 würden Nein stimmen. Ungefähr 88 Prozent sind also gegen eine Senkung des Stimmrechts auf 16 Jahre. In einem Punkt der Umfrage waren sich die Jugendlichen aber einig: Es brauche mehr politische Bildung an den Schulen.

Die Stiftsschule Engelberg möchte diese Bildung unter anderem mit solchen Veranstaltungen fördern, es ist bereits der fünfte Anlass, der gemeinsam mit Discuss it organisiert wurde. Den Teilnehmenden hat die Debatte gefallen. «Ich fand den Anlass gut, es war ein spannendes Thema und viele haben mitgemacht», sagt Ryan Hofstetter (14) nach dem Streitgespräch.

Niederlande kaufen acht PC-7

Stans Die niederländische Luftwaffe hat sich als erste Luftwaffe weltweit für das hochmoderne PC-7 MKX Trainingssystem von Pilatus entschieden. Der Vertrag über die Lieferung von acht Fliegern und den dazugehörigen bodengestützten Trainingssystemen, inklusive vier Simulatoren, wurde unterzeichnet, teilt Pilatus mit. Finanzielle Details wurden in der Mitteilung vom Freitag nicht genannt. Die Auslieferung ist für die erste Hälfte 2027 geplant.

Der Entscheid fiel im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung der niederländischen Beschaffungsbehörde. Das neue System bietet laut Mitteilung eine integrierte, kosteneffiziente Lösung für die Grundausbildung von Militärpilotinnen und -piloten. Durch erweiterte Simulationstechnologien werden weniger reale Flugstunden benötigt, was Kosten spart und gleichzeitig die Trainingseffizienz steigert, heisst es in der Mitteilung weiter.

«Mit dieser Vertragsunterzeichnung beginnt eine neue Ära in der fliegerischen Ausbildung der Niederlande», sagt Markus Bucher, CEO von Pilatus. Die niederländische Luftwaffe setzt bereits seit 1988 auf Pilatus-Flugzeuge. Der PC-7 MKX wird nun die alternde PC-7-Flotte ersetzen und weiterhin in Woensdrecht stationiert sein. (rem)

«Demnächst» auf der Agendaseite

Für die Rubrik «Demnächst» rufen Sie bitte nidwaldnerzeitung.ch/agenda oder obwaldnerzeitung.ch/agenda auf, um Ihre Anlässe online zu erfassen.

Finanzvorsteher tritt zurück

Patrick Matter verlässt den Alpnacher Gemeinderat. Über seine politische Zukunft lässt er noch vieles offen.

Patrick Matter (Bild), GLP-Mitglied des Alpnacher Gemeinderats und Finanzvorsteher, hat seinen Rücktritt



per 30. Juni eingereicht. «Nach einer intensiven Zeit in der Exekutive der Gemeinde habe ich entschieden, mein Engagement neu auszurichten. Die Arbeit war bereichernd und fordernd zugleich. Ich bin dankbar für die gute Zusammenarbeit und das Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde», wird der 52-Jährige in einem Communiqué zitiert.

Seine politische Zukunft bleibt offen

Matter selber wollte sich auf Anfrage nicht weiter zu den Gründen für seinen Rücktritt äussern. Wie und in welchem Umfang er sich politisch weiter engagieren wird, lässt er offen. Ebenso offen ist, ob er aus dem Kantonsrat zurücktritt oder nicht. «Die Politik wird mich weiterhin begleiten, in welcher Form, wird sich zeigen», sagt Matter. Der Vorstand

der GLP Obwalden dankt Paddy Matter für seinen grossen Einsatz. «Wir bedauern den Rücktritt ausserordentlich. Selbstverständlich aber respektieren wir seinen Entscheid», sagt Co-Präsident Ramon Gassmann.

Matter wurde 2020 im zweiten Wahlgang als erstes GLP-Mitglied in den Gemeinderat Alpnach gewählt. Seither amtiert er als Finanzvorsteher. 2021 wurde er in stiller Wahl als Gemeindevizepräsident gewählt. 2023 liess er sich von den Grünliberalen als Nationalratskandidaten aufstellen, zog sich jedoch zurück, als die FDP einen Kandidaten aufstellte und daran festhielt.

Im April des letzten Jahres unterlag er der Kampfwahl ums Gemeindepräsidium dem heutigen Gemeindepräsidenten Bruno Vogel. Matter übernahm zudem den Vorsitz der Energiekommission. Zu seinen erweiterten Aufgaben gehörten auch das Führen der Standort- und Wirtschaftskommission und damit verbunden das Bearbeiten der Tourismusaufgaben der Gemeinde Alpnach. (rem)

Obwalden erarbeitet Strategie

Der Kanton startet eine Neuausrichtung seiner Behindertenpolitik.

Rund 50 Teilnehmende diskutierten in einem Workshop über verschiedene Themen.

Der Kanton Obwalden führte am Donnerstag einen Workshop durch, der zur Mitarbeit an der neuen Behindertenstrategie einlud. Rund 50 Personen diskutierten in der Aula der Kantonsschule Obwalden engagiert zu den Themen selbstbestimmtes Leben, Bildung, Arbeit, Zugänglichkeit und Gesundheit, schreibt die Staatskanzlei in einer Mitteilung.

Es sei deutlich geworden, dass alle Lebensbereiche für die Umsetzung der Behindertenrechte eine bedeutende Rolle spielen. Ziel sei es, dass Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung und soziale Teilhabe erhalten. Dazu brauche es für eine zukunftsgerichtete Behindertenpolitik das Mittragen verschiedenster Stellen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene, heisst es weiter.

Die Ergebnisse aus dem Workshop zur Mitarbeit an der neuen Behindertenstrategie des Kantons Obwalden werden nun von der Arbeitsgruppe, die aus Vertretungen der verschiede-



Menschen mit Behinderungen, Angehörige sowie Fachpersonen diskutieren an einem Workshop die Strategie. Bild: zvg

nen Bereiche zusammengesetzt ist, ausgewertet und weiterbearbeitet.

Mehr Selbstbestimmung mit neuer Strategie

In einem zweiten Workshop am 21. Mai vormittags werden die Ergebnisse noch einmal in einem öffentlichen Workshop diskutiert. Dabei werden die Prioritäten gesetzt und die Zu-

ständigkeiten für die verschiedenen Lebensbereiche geprüft. Ziel ist es, dass für die künftige Ausrichtung der Behindertenpolitik im Kanton Obwalden ein Strategiepapier vorliegt, welches die Schwerpunkte und Zuständigkeiten festlegt.

Im vergangenen Jahr hat die Schweiz die UNO-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Damit verpflichtete sie sich,

Hindernisse zu beheben, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind, sie gegen Diskriminierungen zu schützen und ihre Inklusion und ihre Gleichstellung in der Gesellschaft zu fördern. Der Regierungsrat schreibt in der Mitteilung, dass es ihm ein grosses Anliegen sei, die kantonale Behindertenpolitik gemäss der Behindertenrechtskonvention weiterzuentwickeln. Aus diesem Grund hat er das kantonale Sozialamt beauftragt, zusammen mit den involvierten Stellen sowie unter Einbezug von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen eine kantonale Behindertenstrategie zu erarbeiten. «Der Einbezug von direkt betroffenen und den involvierten Stellen ist uns ein grosses Anliegen, um gemeinsam die Weiterentwicklung der Behindertenpolitik zu gestalten», wird Sara Martin, Co-Leiterin des kantonalen Sozialamts und Projektverantwortliche, in einer Mitteilung zitiert. (rem)